

Westerwald & Sieg

MESO Weihnachtsmärkte & Silvester					
29.11.	5 Tg. Berlin & Dresden	408,- €	03.12.	4 Tg. Berlin	299,- €
11.12.	3 Tg. Lüneburger Heide/Celle	239,- €	13.12.	3 Tg. Dresden	235,- €
27.12.	8 Tg. Tiroler Berge	849,- €	30.12.	4 Tg. Berlin	319,- €
15.01.	4 Tg. Grüne Woche Berlin	295,- €	Alle o.g. Preise gelten p.P. im DZ.		
www.meso.de – info@meso.de – Telefon 0 26 88 / 95 13 36					

Fotos, Videos, Berichte auf www.rhein-zeitung.de/ak-land

Tagesmütter verlangen mehr Geld

Betreuung Ungleichbehandlung angeprangert

Von unserem Redaktionsleiter Marcelo Peerenboom

■ **Kreis Altenkirchen.** Tagesmütter aus dem Kreis Altenkirchen gehen auf die Barrikaden: Sie wehren sich gegen die aus ihrer Sicht schlechte Bezahlung und prangern eine Ungleichbehandlung der einzelnen Personen an, die zu Hause im Auftrag der jeweiligen Eltern Kinder betreuen. Insgesamt 60 Tagesmütter haben sich daher in einer Petition an Landrat Michael Lieber gewandt und eine spürbare Verbesserung der Bezahlung verlangt. Der Jugendhilfeausschuss beschäftigt sich in seiner heutigen Sitzung (16.30 Uhr, Kreishaus) mit der Thematik.

„Bis heute warten wir auf eine angemessene und leistungsgerechte Entlohnung unserer Arbeit“, heißt es in dem Schreiben, das Bettina Radke aus Heupelzen im Namen vieler Betroffener aus dem Kreis Altenkirchen verfasst hat. Die aktuelle Situation ist kurios: Bisher gehört der Landkreis zu den

bundesweit 4 Prozent der Kommunen, in denen sowohl eine pauschale Vergütung als auch eine stundengenaue Abrechnung der Tagespflege möglich ist. Zum Stichtag 23. April sah das konkret so aus: Von 225 laufenden Fällen rechnete das Jugendamt 129 in Form von Pauschalen ab, während 96 über exakte Stundennachweise abgerechnet wurden. Die meisten Jugendämter in Deutschland (52 Prozent) bezahlen auf Stundenbasis, 44 Prozent haben sich für Pauschalen pro Kind entschieden.

Die ungleiche Behandlung der Tagesmütter an Sieg, Wied und Nister ist den Betroffenen schon lange ein Dorn im Auge. „Immer häufiger kommt es zu Beschwerden zur Ungleichheit der Systeme“, berichtet Mark Schneider von der Kreisverwaltung. „Einzelne Fälle mussten bereits vor dem Kreisrechtsausschuss entschieden werden.“

Diesem Ärger will die Kreisverwaltung künftig entgegen und strebt daher eine Satzungsände-



Christine Goldspink aus Burglarh betreut an 35 bis 50 Stunden pro Woche Kinder. Sie legt große Flexibilität an den Tag, um den Wünschen der Eltern gerecht zu werden. Sie ist selbstständig tätig und macht sich mit vielen anderen Tagesmüttern für eine bessere Bezahlung stark. Archivfoto: Peerenboom

rung an. So liegt dem Jugendhilfeausschuss heute ein Entwurf vor, der eine Umstellung auf Stundenabrechnung vorsieht. Gegen eine Pauschale hat vor allem das Rechnungsprüfungsamt Bedenken vorgetragen. Es sei dann nicht möglich zu überprüfen, ob eine För-

derleistung durch die Tagesmütter tatsächlich erbracht worden sei, heißt es in einer Stellungnahme. Warum Pauschalen in anderen Jugendämtern im Bundesgebiet dennoch gezahlt werden können, beantwortet das Rechnungsprüfungsamt nicht.

Um den aufgebrauchten Tagesmüttern entgegenzukommen, schlägt die Verwaltung vor, den Stundensatz in speziellen Fällen (wie etwa bei Kindern unter 3 Jahren) von 5,50 Euro auf 6 Euro pro Kind zu erhöhen. Außerdem sollen für Ausfallzeiten (Feiertag, Krankheit, Urlaub, Kur) 2,50 Euro pro Stunde gezahlt werden – für maximal 25 Tage im Jahr.

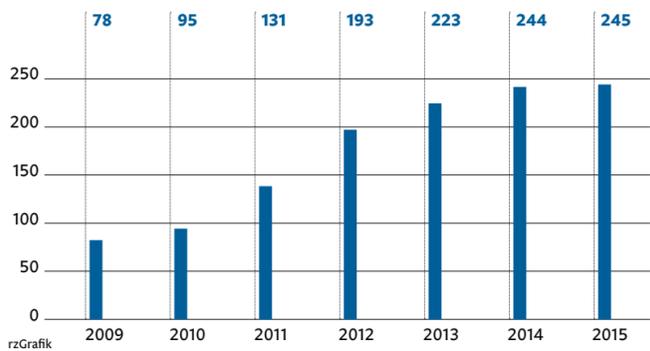
Die Tagesmütter, die die Resolution unterzeichnet haben, sind mit diesem Vorschlag nicht einverstanden, wie Bettina Radke, Christine Goldspink, Carolyn Mielewski und Martins Beckmann stellvertretend mitteilen. Sie weisen darauf hin, dass sie hohe Einnahmeausfälle haben, wenn ein Kind wegen Krankheit nicht kommt, sie diesen Platz aber dennoch vorhalten müssen. In der Resolution hieß es dazu: „Chronisch kranke Kinder können wir nicht nehmen, weil wir uns unbezahlte Fehlstunden einfach nicht leisten

können.“ Die Arbeit werde dann zu einem unkalkulierbaren Risiko.

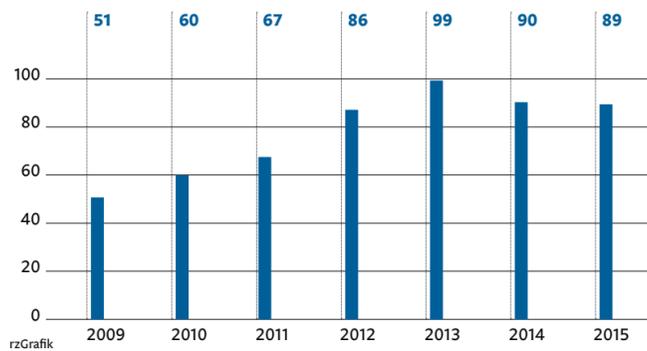
Die Forderung der Tagesmütter lautet: Sollte eine Pauschale aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, wollen sie eine Erhöhung des Stundensatzes von 5,50 auf 6 Euro für Zeiten zwischen 8 und 18 Uhr. In den Randzeiten sollen 6,50 Euro gezahlt werden. Und für Ausfallzeiten verlangen sie einen Stundensatz von 3 Euro pro Kind. Zum Vorschlag der Verwaltung heißt es: „Die versprochene Besserstellung der Vergütung können wir bei den von Ihnen gemachten Vorschlägen nicht erkennen.“

Ursprünglich hatten die Betreuerinnen auch vier Wochen bezahlten Urlaub pro Jahr verlangt. Dies hatte das Kreisjugendamt Altenkirchen abgelehnt: „Da die Tagespflegepersonen nicht beim Landkreis angestellt sind, bestünde die Gefahr der Scheinselbstständigkeit, wenn dem Wunsch entsprochen würde.“

Kinder in Tagespflege im Kreis Altenkirchen



Zahl der Tagesmütter im Kreis Altenkirchen



Freie Fahrt mit Bus und Bahn bleibt ein Wunschtraum

Serie Im ÖPNV ist auch künftig viel in Bewegung

Von unserem Redakteur Elmar Hering

■ **Kreis Altenkirchen.** Vorbild Tallinn? In der estnischen Hauptstadt können die Bürger seit 2013 Busse und Bahnen ohne Fahrkarte nutzen, nahezu kostenlos. Auch andere europäische Städte haben den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gratis zur Verfügung gestellt – meist gelingt dies jedoch nicht auf Dauer, etwa im belgischen Hasselt oder im brandenburgischen Templin. Und im Kreis Altenkirchen? Auf dem Land regiert das Auto, der Individualverkehr. Hier setzen die Zukunftsplanungen für den ÖPNV ganz andere Schwerpunkte.

Mobilität ist eine der größten Herausforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Eckdaten liefern zum Beispiel der steigende Altersdurchschnitt der Bevölkerung und die sinkenden Schülerzahlen. So muss etwa gefragt werden, ob sich die wachsende Zahl älterer Menschen bei gleichzeitig sinkendem Rentenniveau künftig den Individualverkehr

noch leisten kann. Aber auch das hohe Pendleraufkommen, die Umweltbelastung und die Finanzierbarkeit müssen in die Rechnung einbezogen werden. Entscheidende Größe bleibt jedoch der Wunsch, ja das Anrecht der Menschen, verlässlich, sicher und komfortabel von A nach B zu kommen.

Als Aufgabenträger für den ÖPNV ist der Landkreis gesetzlich in der Pflicht – das wird wohl auch in 20 Jahren noch so sein. Pfeiler des ÖPNV im AK-Land sind neben den zahlreichen Buslinien vier Schienenverkehrsstrecken: Siegstrecke, Daadetalbahn, Oberwes-



Wann fährt der nächste Bus? Der ÖPNV birgt viel Potenzial. Foto: Ditscher

terwaldbahn, Hellertalbahn. Die höchsten Fahrgastzahlen verzeichnet die Siegstrecke – Guido Kappel, Sachgebietsleiter bei der Kreisverwaltung in Altenkirchen, bezeichnet sie deshalb nicht von ungefähr als „Brot-und-Butter-Strecke“. Doch die Bahnlinie entlang der Sieg ist zugleich ein Paradebeispiel dafür, dass die Landesgrenze zu Nordrhein-Westfalen oftmals gehörige Probleme mit sich bringt. Beispiel: Unterschiedliche Tarifzirkel sind wenig kundenfreundlich, diese weiter zu harmonisieren, wäre eine Aufgabe für die Zukunft.

Vieles ist in jüngster Zeit bewegt worden, Stichworte wie Rheinland-Pfalz-Takt und ÖPNV-Konzept Rheinland-Pfalz Nord verdeutlichen das. Zudem ist seit 13 bzw. 15 Jahren der tarifliche Übergang zum Verkehrsverbund Rhein-Sieg bzw. zum Zweckverband Westfalen-Süd geregelt. Eine Premiere soll der kommende Fahrplanwechsel der Bahn bringen (mit einem Jahr Verzögerung): Dann ist es möglich, per Zug mit der Oberwesterwaldbahn etwa aus Westerburg ohne Umsteigen über Au nach Siegen zu fahren (interessant etwa für Studierende an der Uni Siegen).

Doch trotz aller Pluspunkte bleibt die Schiene im Hintertreffen ge-

Serie

2035
Heimat in Zukunft

Thema diese Woche:
Versorgung und Verkehr

genüber dem Gummi. Der Hauptverkehr rollt auf der Straße, viele Ortschaften sind eben nicht per Zug erreichbar. Die Statistik besagt, dass im AK-Land insgesamt rund 111 000 Fahrzeuge gemeldet sind, davon rund 76 500 Pkws. Die Verkehrsdichte ist folglich sehr hoch.

Wer mehr Bürger zum Umsteigen motivieren möchte, muss also einen gut funktionierenden ÖPNV anbieten. Aus Sicht der Kunden bedeutet das: Nicht noch weniger Linien, bessere, vernetzte Taktung, pünktlicher Service. An Wochenenden zum Beispiel fährt weit und breit kein Bus, einzige Ausnahme ist die Regiobuslinie von Altenkirchen über Horhausen nach Neuwied. Guido Kappel hofft auf deren

Fortbestand, denn diese Buslinie wird gegenwärtig vom Verkehrsverbund Rhein-Mosel eigenwirtschaftlich betrieben. Kappel weist zudem auf eine wichtige Neuerung hin: Bei der Auftragsvergabe an Omnibusbetriebe steige der Kreis derzeit in das System ein, mehrere Buslinien zu bündeln. Voraussichtlich sieben solcher Bündel soll es im AK-Land geben. Profitable Linien gibt es dann nur im Paket mit weniger attraktiven Verbindungen. Kappel: „Das verhindert die Rosenpickerei.“ Schwierig wird es in dünn besiedelten Gebieten: Im Wildenburger Land etwa besteht ein solches Bündel lediglich aus zwei Buslinien. Außerdem gibt es bereits kritische Stimmen, die eine Benachteiligung kleiner, regionaler Anbieter befürchten.

Mobilität und Verkehr in der Zukunft haben für den Kreis aber noch andere Dimensionen. Berno Neuhoff, in der Kreisverwaltung zuständig für Demografie, Regional- und Kreisentwicklung, sowie Klimaschutzmanager Stefan Glässner nennen Stichworte wie Elektroautos, Carsharing, Dorfauto, Bürgerbus (Beispiel Kirchen) und Anrufsammeltaxi. Es bleibt dabei: Auch 2035 wird der ÖPNV wohl nicht kostendeckend zu leisten sein.

Treffen Demos aufeinander?

Asyl B 54 teils gesperrt

■ **Rennerod.** Die einen demonstrieren gegen die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge auf dem Stegskopf, die anderen wollen zeigen, dass der Westerwald kein Ort für Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit ist. Ähnlich wie in Bad Marienberg am 22. Oktober wird Rennerod am Donnerstag, 19. November, Schauplatz zweier Versammlungen sein (die RZ berichtete). Die B 54 wird zwischen 17 und 22 Uhr innerorts gesperrt. Noch ist unklar, welchen Verlauf der Aufmarsch der Gruppierung „Bekanntnis zu Deutschland“ nehmen wird. Denn der von Torsten Frank aus Hergenroth angezeigte Aufzug würde rund um den St. Hubertplatz führen, den Ort, an dem zeitgleich (18 Uhr) die Versammlung des überparteilichen „Wäller Bündnis für Menschlichkeit und Toleranz“ stattfinden soll. Ob man das direkte Aufeinandertreffen beider Demonstrationsgruppen wirklich in Kauf nimmt, wird sich wohl heute Vormittag bei einem Kooperationsgespräch zwischen Polizei, Kreis und Ordnungsamt in den Räumen der Verbandsmeinde Rennerod entscheiden.

